Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3993.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 627. **Mittwoch** den 10. Dezember 1902. **96. Jahrgang.**

Das Werk der Obstruktion.

Als der Reichstag vor beinahe einem Menschenalter sich seine Geschäftsordnung selbst gab, glaubte er, auf diejenigen disziplinarischen Mittel verzichten zu dürfen, welche in parlamentarisch regierten Ländern dem Präsidenten gegen ungefügige Mitglieder oder gegen den Mißbrauch der Geschäftsordnung zustehen, weil damals niemand voraussehen noch ahnen konnte, welche Handhabe die illoyale Anwendung der Geschäftsordnung selbst einer kleinen Minderheit bietet, um die Mehrheit nicht zu tyrannisieren und die Erledigung der wichtigsten Vorlagen zu verhindern, sondern noch dazu, als endlich die Mehrheit infolge Mißbrauchs der Geschäftsordnung durch die Minderheit sich gezwungen sieht, zu einer Aenderung der Geschäftsordnung zu schreiten, seitens dieser obstruktiven Minderheit das Geschrei erhoben wird, ihr werde Gewalt angetan.

Gegenüber einer solchen Unterstellung und Umkehrung der wirklichen Tatsachen und Vorgänge ist es nötig, nochmals auf den Beginn dieser Kämpfe zwischen Mehrheit und Minderheit zurückzugehen. Die Mehrheit befindet sich lediglich im Zustande der Notwehr gegen eine Minderheit, welche seit einem Jahre auf immer neue Mittel sinnt und solche durch mißbräuchliche Auslegung und gewalttätige Anwendung der Geschäftsordnung findet, um die Mehrheit zu zwingen, ihr Bemühen um das Zustandebringen eines brauchbaren Zollgesetzes aufzugeben.

Die gewalttätigen Absichten und Handlungen liegen bei der Minderheit, und mit Recht ist ihr von Seiten der nationalliberalen Partei, wie sogar von Rednern der Freisinnigen Volkspartei wiederholt nachgewiesen worden, daß ihr skrupelloses Vorgehen zur Verhinderung des Zolltarifes ein Stoß ins Herz des Parlamentarismus sei.

Wie gänzlich fern es gerade der nationalliberalen Partei und Fraktion gelegen hat, den Gegnern der zollpolitischen Aktion der verbündeten Regierungen anzusinnen, sie sollten sich in der loyalen Bekämpfung der Zolltarifvorlage irgend welche Schranken auferlegen, dafür liegt ein urkundlicher Beweis in der entschiedenen Ablehnung eines Vorschlages vor, der bereits vor einem Jahre auftauchte: Als das Zollgesetz zum Zweck denkbar gründlichster Beratung an eine Kommission gewiesen war, erwogen einige Mitglieder der letzteren, ob es nicht angebracht erscheine, den Fortgang der Arbeiten von vornherein dadurch zu erleichtern, daß man dem Vorsitzenden das Recht in die Hand gäbe, die Dauer der Reden zu beschränken. So wenig ungerechtfertigt der Verdacht erschien, die Sozialdemokraten würden durch ihren Genossen Stadthagen die Methode des Zeittotschlagens kultivieren, um die Verhandlungen der Kommission zu verschleppen, so unbedingt ablehnend verhielt sich insonderheit die nationalliberale Partei gegen jeden Gedanken, gerade die Entwickelung des parlamentarischen Zollkampfes dadurch beeinträchtigen zu wollen, daß man auch dem intransigentesten Gegner nicht das äußerste Maß von Redefreiheit zubillige und nicht das rückhaltloseste Vertrauen entgegenbrächte. Auf diesen letzteren Gesichtspunkt jetzt wieder hinzuweisen, ist um deswillen nicht überflüssig, weil auf dem in diesen Tagen abgehaltenen Parteitag der Freisinnigen Vereinigung behauptet worden war, die Mehrheit habe sich eines Treu- und Vertrauensbruches gegen die Minderheit schuldig gemacht, während die Sache sich doch gerade umgekehrt verhält. Wie stark seitens der Zollgegner, so weit sie durch die Vertreter der Sozialdemokraten in der Kommission zu Worte kamen, durch Dauerreden Verschleppung getrieben wurde, geht daraus hervor, daß, nachdem monatelang die Beratungen in der Kommission sozusagen nicht vom Flecke gekommen waren, aus den Reihen der Ordnungsparteien — nicht etwa um deswillen, weil diese einig gewesen wären, das Zollgesetz zu stande zu bringen, nein, bloß um bessere Bürgschaften, als sie die Geschäftsordnung allein bot, für eine gründliche Durchberatung des Gesetzentwurfes in der Kommission zu gewinnen — der Vorschlag gemacht wurde, den Mitgliedern der letzteren Diäten zu bewilligen.

Die Verschleppung der Arbeiten der Kommission wurde dadurch nicht unmöglich gemacht; im Gegenteil. Aber es wurde folgendes erreicht: je gründlicher die Beratung vorgenommen ward und je weiter sie zu fördern es gelang, um so weniger konnten die Sozialdemokraten ihren unbedingt ablehnenden Standpunkt der grundlegenden Tendenz des Zollgesetzes gegenüber festhalten. Nicht nur einer, sondern mehrere ihrer Vertreter in der Kommission sahen sich genötigt, zuzugeben, daß es speziell auch im Interesse der arbeitenden Klassen liege, dem Gedanken des Schutzes der heimischen Gütererzeugung einen gesetzgeberischen Ausdruck zu verleihen.

Und siehe da: Mit diesem Moment änderte die Sozialdemokratie ihre Taktik. Sie legte der Erledigung der Zollberatung in der Kommission keine allzu großen Hemmnisse mehr in den Weg.

So wurde es erreicht, daß der Reichstag, als er seine Plenarsitzungen Mitte Oktober wieder aufnahm, sich einer fertig gebrachten Kommissionsarbeit gegenüber sah.

Nunmehr aber setzten im Plenum die Sozialdemokraten mit ihrer Verschleppungstaktik ein. Sie erzwangen einen Erfolg der letzteren nicht nur durch Dauerreden, sondern auch durch unbegründetes Stellen von Anträgen auf namentliche Abstimmungen. Durch den Antrag Aichbichler wurde das Recht, solche Abstimmungen zu beantragen, nicht im entferntesten angetastet, sondern nur ein Modus gefunden, um die Dauer der namentlichen Abstimmungen zu verkürzen.

Nachdem auf diese Weise ein wenigstens etwas schnellerer Fortgang der Beratung gesichert zu sein schien, verfielen die Obstruktionisten auf das Mittel, ihn dadurch unmöglich zu machen, daß sie stundenlang zur Geschäftsordnung Dauerreden hielten, in denen sie nicht etwa ihre Stellungnahme gegenüber dem Zolltarif begründeten, sondern das Präsidium und die Mehrheit einfach verhöhnten.

Das Bemühen trat in dem Maße mehr hervor, in dem durch Verständigung der Mehrheit über eine geeignete Grundlage für eine möglichst wenig zeitraubende Art der Beratung des Tarifs, wie sie der Antrag Kardorff bieten wollte, durchaus nicht etwa, wie gesagt worden ist, eine en bloc-Annahme des Gesetzes in Aussicht gerückt und einer Entwicklung sachlicher Gründe die Möglichkeit abgeschnitten war, sondern im Gegenteil eine solche nur leichter geworden zu sein schien.

Nachdem das Verhalten der Obstruktion bei der Erstattung der Referate über die einzelnen Abschnitte des Tarifes an jedem Tage mehr zu erkennen gab, daß jene sich durch keinerlei Scheu abhalten lassen, die Redefreiheit auf der Tribüne zu mißbrauchen, ist es nicht etwa in erster Linie im Interesse des Zustandebringens des Zolltarifs, sondern in dem einer geordneten Geschäftsführung im Reichstage dringend notwendig, den Präsidenten mit der Machtvollkommenheit auszustatten, wie der Antrag Groeber bezweckt.

Wie das den Parlamentarismus untergrabende Vorgehen der Obstruktion zu der Aenderung im Verfahren der namentlichen Abstimmung führte, so zwang es die Mehrheitsparteien gegen deren Absichten zu einem engen Zusammenschluß im Antrag Kardorff und legt ihnen jetzt die Notwendigkeit auf, die Befugnisse des Präsidenten gegen eine willkürliche und mißbräuchliche Ausnützung der Geschäftsordnung zu erweitern. Alles das ist das Werk der Obstruktion. Die Verantwortung für neue des deutschen Reichstags unwürdige Scenen im Kampf um die Abänderung der Geschäftsordnung fällt auf ihre Schultern.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 9. Dezember. Die Freisinnige Vereinigung hat sich auf ihrem Berliner Parteitage als Bundesgenossin der Sozialdemokratie auch in der Art bewährt, daß sie nach dem Muster ihrer parlamentarischen Vertretung maßlose Angriffe gegen die Nationalliberalen richtete. Darauf nochmals einzugehen, verlohnt sich nicht. Wohl aber bedarf der Gedankengang, mit Hülfe dessen auf dem Parteitage der Antrag Kardorff als „Treubruch" hingestellt wurde, einiger Beleuchtung. Daß der Antrag Kardorff ein Rechtsbruch im juristischen Sinne nicht sei, hat Professor von Liszt vor seinen freisinnigen Freunden klipp und klar festgestellt. Diese Feststellung von juristischer Seite behält ihren Wert, wenn Professor von Liszt auch fortfuhr: Der Antrag Kardorff sei etwas Schlimmeres, ein Vertrauens- und Treubruch, den die Mehrheit für einen Einzelfall vornehme. Zum Verständnis der vorstehenden Auffassung muß die Rede herangezogen werden, die der Abg. Gothein ebenfalls auf dem Parteitage gehalten hat. Darin sagte er: „In zweiter Lesung haben wir es zugelassen, daß die Kommission den Tarif durchpeitschte; denn wir alle hatten das Gefühl, daß die Verhandlungen aus der Enge der Kommission heraus vor die Oeffentlichkeit müßten. Der Antrag Kardorff ist daher der flagranteste Rechts- und Treubruch." — Vom Abgeordneten Gothein wird hier also gleichfalls der Antrag Kardorff nicht in Bezug auf die Geschäftsordnung des Reichstages — wie das bisher so oft und so leidenschaftlich geschehen ist —, sondern im Hinblick auf den angeblichen Gang der Kommissionsberatung als „Rechts- und Treubruch" ausgegeben. Gerade im Munde des Abg. Gothein jedoch klingt diese Beweisführung seltsam genug; denn es war derselbe Abg. Gothein, der in der Reichstagssitzung vom 27. November seine Rede mit folgenden Sätzen begann: „Ich habe der Majorität des Hauses alles Mögliche zugetraut, sogar, daß sie diesen Antrag einbringen würde, der ja schon seit Monaten stillschweigend auf der Tagesordnung steht. . . Mir ist von Mitgliedern der Mehrheit ihre Absicht schon vor Monaten mitgeteilt." — Wie der Abg. Gothein seine Auslassung vom 27. November mit seiner Auslassung vom 6. Dezember vereinbaren will, das ist sein Geheimnis. Natürlich hat es die Freisinnige Vereinigung auf ihrem Parteitage an einem Protest gegen den Zolltarif mit Rücksicht auf die Handelsverträge nicht fehlen lassen. An dem gleichen Tage hat der ungarische Ministerpräsident von Szell abermals Material zur Beurteilung jenes Protestes geliefert, indem er betreffs der künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen u. a. sagte: „Ich werde dafür sorgen, daß wir nicht ohne Wehr und Waffen bleiben. Ich werde darnach trachten, daß der autonome Zolltarif so schnell wie möglich zu stande kommt, damit

Feuilleton.

Franz Liszt und Fürstin Carolyne Sayn-Wittgenstein.

„Du bist mir ein erstaunlicher Mensch, dem ich in keiner Weise irgend eine andere Erscheinung auf dem Gebiete der Kunst und des Lebens zur Seite stellen kann."
Richard Wagner an Franz Liszt.

Wer aufmerksam dem Laufe der Kunstgeschichte folgt, dem wird die Tatsache nicht entgangen sein, daß auch auf diesem, anscheinend so friedlichen Gebiet ein beständiger Kampf herrscht. So oft zu irgend einer Zeit ein Meister mit einem nach Form oder Inhalt von dem bisher gewohnten und liebgewordenen Alten abweichenden Kunstwerk an die Oeffentlichkeit getreten war, so erschien auch sofort einmütig die Gegnerschaft auf dem Plan, die sich in ihrem bisherigen, ängstlich behüteten Besitzstand bedroht fühlte, und jammerte gar beweglich über den angeblich nun nahe bevorstehenden Verfall und Untergang der Kunst. Die Erscheinung ist nicht neu. Auch in der Geschichte der Tonkunst gehört der Streit zwischen Gluck und Piccini und ihrem beiderseitigen Anhang nicht zu den ältesten Belegen dafür. Mozart und Beethoven hatten so gut ihre Gegner, wie später Berlioz, Liszt und Wagner, oder heute die „Modernsten". Man denke hierbei auch noch an Robert Schumann, wie der mit Steinen beworfen wurde, als er seinem gerechten Zorn über „die Gemeinheit, Verzerrtheit, Unnatur, Unsittlichkeit, Unmusik" der Hugenotten von Meyerbeer kräftig Luft gemacht hatte, und mit weich eisigem Stillschweigen die gleichgültige Menge seine warme Verteidigung der ersten Sinfonie Berlioz' entgegennahm. Die Teilnahmslosigkeit und Verständnislosigkeit der Menge ist aber nicht so sehr eine Schädigung der schaffenden Künstler, als vielmehr eine Schädigung der von diesen geschaffenen Kunstwelt. Es erklärt sich daher das Auftreten von Meistern, die — aus dieser Erkenntnis — leidenschaftlich, sowohl für ihre eigenen Schöpfungen, wie auch für die anderer, aus durchaus unpersönlichen Beweggründen eintraten, die nicht nur verteidigten, sondern auch anzugreifen gezwungen wurden, „wo sie falschen Gebilden einen verderblichen Götzendienst geweiht sahen". Zu diesen in Abwehr und Angriff gleich gewaltigen, gewandten und gefährlichen Kämpfern gehört Franz Liszt, der als Virtuos einst so Vergötterte, als Komponist nachmals so bitter Angefeindete, dessen unermüdlicher und selbstloser Tätigkeit als πρόμαχος Richard Wagners Lebenswerk zum großen Teil seine Lebensfähigkeit verdankt. In dieses edelsten Künstlers Lebensschicksal griff einst mächtig eine eigenartige Frauengestalt ein und hat es bestimmend beeinflußt, so daß ihrer an dieser Stelle wohl mit Recht gedacht werden darf.

Liszt war bis ziemlich zur Mitte des vorigen Jahrhunderts, wenn man so sagen will und darf, Klaviervirtuos gewesen. Im Herbst 1846 trat er seine letzte Konzertreise an, die ihn durch Ungarn, Siebenbürgen, Südrußland bis nach Konstantinopel führte. In Kiew war er im Februar 1847 zum ersten Male der Fürstin Carolyne Sayn-Wittgenstein begegnet, und im Spätsommer desselben Jahres gab er noch in der kleinen Festungsstadt Elisabethgrad mehrere Konzerte „zu seinem Besten", mit denen er seine Virtuosenlaufbahn endgültig abschloß. Wie er aber seine Aufgabe als Virtuos erfaßt hatte, worin sie nach seiner Ueberzeugung bestand, faßt Eduard Reuß in seinem Buche „Franz Liszt" (Leipzig, 1898) treffend in den Satz zusammen: „Er wurde Virtuos im umfangreichsten Sinne des Wortes, um die Virtuosität als solche, nämlich in ihrem Selbstzweck, gänzlich zu vernichten, indem er ihr das Prunken mit Aeußerlichkeiten ohne innere Bedeutung raubte." Elisabethgrad bedeutet, rein äußerlich genommen, einen Wendepunkt in Lizzts Leben. Innerlich war dieser Wendepunkt, dieser Umschwung, schon längst vorbereitet. Andere, höhere Aufgaben waren ihm gestellt, an deren Lösung er nunmehr herantrat. Als wandernder Virtuose hätte er diese Aufgaben nicht lösen können, dazu bedurfte er eines festen Ruhepunktes, und den fand er in Weimar. Daß es die Fürstin Sayn-Wittgenstein gewesen sein solle, durch die Liszt zum Aufgeben seiner Virtuosenlaufbahn veranlaßt worden, wird vielfach erzählt, mit der Begründung, sie, die Fürstin, hätte als erste Lizzts Komponistenberuf erkannt. Eine Widerlegung einer derartigen haltlosen Ansicht darf wohl als völlig überflüssig angesehen werden. Dagegen würde es der historischen Richtigkeit nicht entsprechen, wollten wir den tiefen Eindruck ableugnen, den die Fürstin auf den Künstler gemacht hat, gleich beim ersten Zusammentreffen in Kiew. Um aber diesen unauslöschlichen Eindruck ganz zu verstehen, ist es notwendig, ein wenig bei dem Lebensgange dieser geistig hochstehenden Frau zu verweilen.

Carolyne war das einzige Kind aus der Ehe des polnischen Edelmannes Peter von Iwanowski mit Pauline von Podoska. Geboren am 8. Februar 1819 in Monasterzyska, einem im Gouvernement Kiew gelegenen Gute ihres Großvaters mütterlicherseits, verbrachte sie in ländlicher Abgeschiedenheit ihre ersten Lebensjahre. Ein Kind der Steppe*), dem ein ungebändigtes, leidenschaftliches Herz, ein weiter Horizont, eine ins Ungemessene schweifende Phantasie, ein starkes Macht- und Herrengefühl ebenso von der Natur angeboren waren, als ihm Maß und Ziel, die leise Herrschaft über sich und die Situation, die Kraft ruhigen Beharrens von Haus aus versagt schienen, wuchs sie auf. Da die Eltern getrennt lebten, mußte sie sich von Kindheit auf zwischen Vater und Mutter teilen, denn keins von beiden wollte sie lange missen. Der Vater, dem seine reichen Landgüter es gestatteten, unbehindert seinen Wissensdurst und Drang nach positiver Erkenntnis zu befriedigen, vererbte der Tochter seinen männlichen Geist, die logische Kraft und Schulung des Denkens. Bei seinen Studien, wie bei der Verwaltung seiner umfangreichen Güter und seines Vermögens entbehrte er nicht gerne der Gesellschaft und Hülfe Carolynes; bis spät in die Nacht hinein saßen sie zusammen am Arbeitstisch. Um sich hierzu munter zu erhalten, hatte sich Carolyne an das Rauchen schwerer Cigarren gewöhnt. Die Mutter hinwieder war eine schöne, liebenswürdige Dame, die gerne reiste und das Leben in der vornehmen Welt bevorzugte. Mit ihr lernte Carolyne alle europäischen Hauptstädte und Höfe kennen. So lebte die Tochter beständig zwischen zwei Extremen. Am 7. Mai 1836 heiratete sie auf das Gebot des Vaters dem Fürsten Nikolaus Sayn-Wittgenstein, einen „schönen, aber geistig unbedeutenden Mann", der damals als Rittmeister bei einem russischen Dragoner-Regiment stand. Das einzige Glück, das die Fürstin in dieser unglücklichen Verbindung fand, war die Geburt einer Tochter, Prinzessin Marie. Auf ihr Kind übertrug die Mutter alle die Liebe ihres heißen Herzens, die sie dem Gatten nicht zu schenken vermocht hat. Sehr bald brachen offenkundige Mißhelligkeiten zwischen den ungleichen Ehegatten aus. Die junge Fürstin, längst der ehelichen Fesseln überdrüssig, sehnte sich mit brennender Seele hinaus in den vollen Strom künstlerischen und literarischen Lebens, hinaus aus ihrer ländlichen Stille in lebhafte geistige Bewegung.

Da trat Liszt in ihren Lebenskreis. Die erste Begegnung schon — so teilt La Mara mit — zündete. „War die Fürstin auch nicht schön zu nennen, so sprach doch ein eigener geistiger und seelischer Ausdruck, bedeutend und anziehend zugleich, ihr aus Augen und Angesicht. Indem gebot sie über eine wundersame Beredsamkeit und eine unglaubliche Wissensfülle. Welches Gebiet man ihr gegenüber auch berührte, ihr souveräner Geist zeigte sich mit Wissenschaft wie mit Kunst gleichmäßig vertraut. Vielseitige Beziehungen ergaben sich zwischen ihr, der viel Gereisten, und dem in allen Ländern Europas heimischen Künstler." Lizzts Spiel, das sie zum ersten Male in seinem im Universitätssaal am 14. Februar gegebenen Konzert vernahm, nahm sofort ihre schönheitsdurstige Seele gefangen. Einander näher gebracht wurden beide, als Liszt ihr seine Pläne bezüglich der Komposition seiner „Dante-Sinfonie" auseinandersetzte, für die sie sich sofort aufs lebhafteste begeisterte. Mehrmals war Liszt in Woronince, einem ihrer ausgedehnten podolischen Güter, Gast der Fürstin. Im April 1848 verließ sie mit ihrer Tochter Rußland, um ihr Geschick fortan an dasjenige Lizzts zu knüpfen, nachdem sie vorher schon die Ehescheidungsklage eingereicht hatte. In Ratibor erwartete sie Fürst Felix Lichnowsky, Lizzts treuer Freund, der sie nach seinen Schlössern Krzyzanowitz und Graetz (beide in österreichisch Schlesien gelegen) geleitete. Von Graetz aus schrieb Liszt unterm 22. April an den ihm befreundeten Hofrat von Schober in Weimar: „Sie (die Fürstin) ist unzweifelhaft ein ganz außerordentliches Prachtexemplar von Seele, Geist und Verstand (avec prodigieusement, d'esprit inclusivement, bien entendu). Du wirst nicht lange brauchen, um zu begreifen, daß ich fernerhin sehr wenig persönliche Ambition und in mir abgeschlossene Zukunft fortträumen kann. In politischen Verhältnissen mag die Leibeigenschaft aufhören, aber die Seeleneigenschaft in der geistigen Region, sollte die nicht unzerstörbar sein?"

Im Juni desselben Jahres wandte sich die Fürstin nach Weimar, wo Liszt inzwischen das Amt eines großherzoglichen Hofkapellmeisters „in außerordentlichen Diensten" übernommen hatte. Dort stellte sie sich auf des Freundes Rat unter den Schutz der regierenden Großherzogin Maria Paulowna, der Schwester des Kaisers Nikolaus von Rußland, deren Vermittelung im Scheidungsprozesse sie sich erbat. In der Altenburg schlug sie ihr — wie sie damals wähnte — provisorisches Heim auf. Etwa nach Jahresfrist übersiedelte auch Liszt dorthin, um in einem Seitenflügel der Altenburg die fruchtbarsten Jahre seines Komponistenlebens zu verbringen. Die Mehrzahl seiner musikalischen und literarischen Werke ist dort entstanden. Die Fürstin verhalf ihm (cfr.: La Mara, a. a. O.), indem sich die Türen des Hauses nur auf ihren Befehl öffneten, zu der dem Schaffenden nötigen Ruhe und Konzentration. Sie inspirierte ihn nicht nur zu dem schönen Werke über Chopin, dessen Schilderungen der polnischen Sitten und Nationaltänze ihren Geist und ihr Empfinden widerspiegeln, sondern auch zu vielen anderen seiner Schöpfungen. Auch die Idee und den ersten Entwurf zur „heiligen Elisabeth", die Otto Roquette poetisch ausführte — wie später den Plan zu einem „heiligen Stanislaus" — empfing er von ihr. Die Mühen einer ausgebreiteten Korrespondenz nahm sie ihm vielfältig ab. Sie fand ihre Freude darin, „sein Sekretär" zu sein, ihm allerwege zu helfen, die Pfade zu ebnen. Sie lebte nur ihm. Sie schmückte sein Leben nach innen und außen und gestaltete ihr Haus zu einem Musenhof, der die vornehmsten Geister der Zeit um ihn versammelte.

(Schluß folgt.)

*) cfr. Franz Lizzts Briefe an die Fürstin Carolyne Sayn-Wittgenstein. Herausgegeben von La Mara. 4 Bde. Leipzig, 1899, 1900, 1902.

SLUB
Wir führen Wissen.